

Susanne Dirkner

Bewerbung als Direktkandidatin für den Wahlkreis Dortmund-Ost (Nr. 143) zur Bundestagswahl 2021

Liebe Mitglieder*innen,

im nächsten Jahr steht wieder eine Bundestagswahl an! Das wird den meisten von euch bekannt sein. Dass aber ausgerechnet von mir eine Bewerbung auf den Tisch flattert, das ist vielleicht eher überraschend. Aber wir erleben auch gerade eine höchst ungewöhnliche Zeit. Das Corona-Virus hat seit Jahresbeginn die lange bestehenden ökologischen und sozialen Missstände bundesweit, europaweit und weltweit noch deutlicher hervortreten lassen. Und die plötzliche katastrophale Lage von Menschen, die durch Corona-Maßnahmen ihre Existenzen verloren haben - und weiterhin verlieren werden -, ist oft genug beschrieben worden. Und wo bleibt das Gesamtkonzept?



Das bedingungslose Grundeinkommen:

In unserer AG Bedingungsloses Grundeinkommen im KV Dortmund beschäftigen wir uns kontinuierlich mit einer Thematik, die aus unserer Sicht eine echte Perspektive für die betroffenen Menschen sein kann und das Fundament für eine Stabilisierung unserer Gesellschaft bilden wird. Der Begriff „Grundeinkommen“ oder gar „bedingungslos“ ist ja für Viele ein Reizwort. Aber worum geht es denn eigentlich?

Es gibt einige Merkmale, die wir als Mensch mit allen anderen Menschen gemeinsam haben: wir brauchen z.B. alle irgendwann Nahrung, wir brauchen Bekleidung, ein Dach über dem Kopf, und wir brauchen sogar Begegnungen mit anderen Menschen und Eindrücke unserer Umwelt als Inspiration für kreatives Schaffen. Solche Grundbedürfnisse haben wir alle. Da ist es doch absurd, im Land der Dichter und Denker an der überalterten Vorstellung festzuhalten, wer tüchtig etwas leistet, der/die hat dann auch genügend finanzielle Mittel dafür, und wem die finanziellen Mittel fehlen, dem/der sollte schon Leistung abverlangt werden, um einen Zuschuss aus öffentlichen Geldern zu rechtfertigen. Genau das Gegenteil wäre vernünftig! Von der Geburt bis zum Tod haben alle Menschen hier im Land Grundbedürfnisse. Und die stehen am Anfang! Erst muss der Hunger gestillt sein, bevor Leistung erbracht werden kann. Erst muss passende Bekleidung da sein, bevor respektvolle Begegnung mit anderen Menschen stattfinden kann, usw. Die Versorgung mit allem, was zu den Grundbedürfnissen gehört, ermöglicht überhaupt erst jede Art von Handlung, die sich am Gemeinwohl orientiert. Daher ist es auch folgerichtig, die Finanzierung einer Versorgung mit Grundbedürfnissen als öffentliche Aufgabe zu definieren, während Leistungen für das Gedeihen der sozialen Gemeinschaft in der jeweils individuellen Verantwortung liegen sollten. Diese beiden Faktoren voneinander zu trennen, die in unserem Alltag bisher immer vermischt werden, ist das Anliegen des bedingungslosen Grundeinkommens. Und das ist auch mein Anliegen, dafür trete ich an, und dafür bitte ich um eure Unterstützung!

Wie sieht es denn aus mit bezahlbarem Wohnraum?

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt wird immer dramatischer, in Dortmund und auch im ganzen Land – ihr kennt das. Die Spirale von Mieterhöhungen und von Preissteigerungen beim

Wohneigentum wird ja gern und oft thematisiert. Aber wo bleibt die Gegenoffensive?

Ich selbst wohne seit 16 Jahren in einer Sozialwohnung, die nach mehreren Wechseln inzwischen der Vonovia gehört. Und damit erlebe ich detailliert und eindrücklich, mit welchen Mitteln solche Wohnungskonzerne Profit-Steigerung betreiben. Zusammen mit dem Mieterverein Dortmund e.V. versuche ich hartnäckig, die fehlerhaften Abrechnungen und zum Teil betrügerischen Machenschaften zu benennen und dreiste Geldforderungen zurückzuweisen. Immerhin urteilen die verschiedenen Gerichtsinstanzen inzwischen häufiger im Sinne von Mieter*innen und gegen Wohnungsunternehmen wie Vonovia. Es fehlt aber auch hier eine klare Vorgabe, wie wir uns als Gesellschaft den Umgang mit Immobilien zukünftig vorstellen.

Und was ist mit dem Grund und Boden? Wem gehört der eigentlich? Wem gehört die Erde, auf der wir leben? Niemand kann für sich beanspruchen, etwas zum Entstehen dieser Erde beigetragen zu haben. Wir finden sie vor und sollen dafür sorgen, dass alle Menschen gleichberechtigt auf ihr leben können. Spekulationsfreier Umgang mit Grund und Boden muss daher ein langfristiges Ziel Grüner Politik sein. Nutzungsrechte, die von den Kommunen vergeben werden und die an Auflagen zur gemeinwohlorientierten Nutzung gebunden sind, gibt es schon vereinzelt in Form von Erbbaurechtsverträgen. Auch das Modell der Genossenschaft, die innovative Projekte des Wohnens und Arbeitens ermöglicht, ist ein wertvoller und zukunftsweisender Ansatz. Aber das reicht noch längst nicht, wir brauchen auch für dieses Feld klare Vorgaben des Bundes.

In diesen Kontext gehört natürlich auch der ökologische Landbau, der ebenfalls durch ungebremste Bodenspekulation massiv gefährdet ist. Auch hier brauchen wir unbedingt gesetzliche Regelungen, die dem entgegen wirken. Dafür möchte ich mich einsetzen, und auch dafür bitte ich um euer Votum bei der JHV!

Bürgerbeteiligung zur Stärkung der Demokratie:

Vor rund einem Jahr hatte ich das Glück, als eine von 160 zufällig ausgelosten Bürger*innen am ersten bundesweiten „Bürgerrat Demokratie“ teilnehmen zu können. Unsere Aufgabe war es, Empfehlungen zur Ergänzung, Stärkung oder Weiterentwicklung unserer parlamentarisch-repräsentativen Demokratie zu erarbeiten. Das Instrument Bürgerbeteiligung konnten wir dabei unmittelbar testen, denn dieser Bürgerrat war genau so aufgebaut, wie es auch für künftige Bürgerbeteiligungsverfahren vorgesehen ist. Und dieses Format hat uns alle überzeugt!

Es freut mich außerordentlich, dass wesentliche Elemente unserer Empfehlungen inzwischen in den Grundsatzprogramm-Entwurf eingeflossen sind, der Ende November bei der BDK thematisiert wird.

Diese Form der Bürgerbeteiligung kann nämlich dazu beitragen, der Politikverdrossenheit vieler Menschen entgegen zu wirken. Durch die Möglichkeit, mitzugestalten und mitzuwirken kann bei den Bürger*innen wieder ein Interesse an der Regelung öffentlicher Angelegenheiten geweckt werden. Das sollte uns im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl nicht egal sein. Bei der Kommunalwahl im September 2020 lag z.B. der Anteil der Nichtwähler*innen bei rund 48%!

Wenn wir für die nächste Legislaturperiode eine Regierungsbeteiligung anstreben, dann werden wir breitere Bevölkerungsschichten als bisher mobilisieren müssen.

Fazit:

Für all das bringe ich - nach meiner Einschätzung - durchaus gute Voraussetzungen mit: ich lebe im Hartz-IV-Bezug; bin Mutter einer behinderten und chronisch kranken Tochter, das heißt pflegende Angehörige; ich bin alleinerziehend; ich wohne in einer Siedlung der Vonovia, d.h. von Modernisierung betroffen und die Sozialbindung endet zum Jahreswechsel; ich kaufe seit über 30 Jahren hauptsächlich Lebensmittel aus ökologischem Landbau; ich war ausgeloste Bürgerin beim Bürgerrat; und: ich habe keinen Hochschulabschluss!

Das heißt: zu all den genannten Themen Grüner Politik kann ich aus eigener Anschauung berichten. Ich bin selbst unmittelbar betroffen und brauche die Diskussion mit anderen Betroffenen nicht zu scheuen. Ich habe nicht nur darüber gelesen, sondern kann authentisch berichten. Ich glaube, dass wir diese Qualitäten für den anstehenden Wahlkampf brauchen werden, wenn wir Menschen für

Grüne Politik begeistern wollen, die vielleicht noch nie daran gedacht haben, ihr Kreuz bei Bündnis 90/Die Grünen zu machen. Dafür möchte ich mich einsetzen. Dafür trete ich an, und dafür bitte ich um eure Unterstützung als Direktkandidatin für den Wahlkreis Dortmund-Ost (Nr. 143)! Sinnvollerweise möchte ich dann auch dem Landesverband NRW meinen Einsatz zusichern und bitte um euer Votum für einen Listenplatz auf der Landesliste sowie ein Votum für den Bezirksverband Ruhr!

Zu meiner Person:

Ich bin Jahrgang 1964, geboren und aufgewachsen in Schleswig-Holstein. Abitur 1984, Ausbildung zur Masseurin und med. Bademeisterin mit Schwerpunkt Rhythmische Massage nach Dr. Ita Wegman. Der Beruf brachte zahlreiche Ortswechsel mit sich, Tätigkeiten u.a. in Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Berlin und schließlich Nordrhein-Westfalen. Geburt meiner Tochter im Jahr 2000. Durch die seelischen und krankheitsbedingten Einschränkungen meiner Tochter ist ihre Versorgung zu meinem Hauptberuf geworden.

Ab 2009 habe ich einige Semester an der Fernuniversität Hagen das Fach studiert, das mich seit meiner Jugend immer am meisten interessiert hat: Politikwissenschaft.

Die Wahl von Donald Trump im November 2016 gab dann aber den entscheidenden Anstoß, dieses Interesse umzugießen in Motivation zu politischem Handeln. Seit Anfang 2017 bin ich nun Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen im KV Dortmund.

Kontakt: susanne.dirkner@onlinehome.de oder 0231 9710942